BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Landtag

18. Wahlperiode

Beschlussprotokoll 69. Sitzung 23. 10. 14 Nr. 18/1125 – 18/1144

Nr. 18/1125

Fragestunde

- "Section Control" umstrittene Tempokontrollen bald auch im Land Bremen? Anfrage der Abgeordneten Rainer Hamann, Wolfgang Jägers, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 23. September 2014
- Blutentnahmen durch die Polizei
 Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Erwin Knäpper, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 23. September 2014
- Meldepflichtige MRSA-Infektionen im Land Bremen
 Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Bernd Ravens, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 23. September 2014
- 4. Wirtschaftliches Eigenkapital für Existenzgründungen Anfrage der Abgeordneten Jörg Kastendiek, Carl Kau, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 23. September 2014
- Unzumutbare Wohnverhältnisse in den Stadtteilen verhindern Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 23. September 2014
- 6. Demenzdorf in Bremen?

Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Sigrid Grönert, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 23. September 2014

 Natur in die Kitas – Kinder in die Natur!
 Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 23. September 2014

8. Salafistische Bestrebungen in der JVA Bremen Anfrage der Abgeordneten Gabriela Piontkowski, Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 24. September 2014

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

- Wölfe auch in Bremen?
 Anfrage der Abgeordneten Frank Imhoff, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 24. September 2014
- Sauerstoffversorgung
 Anfrage der Abgeordneten Wolfgang Jägers, Winfried Bru

Anfrage der Abgeordneten Wolfgang Jägers, Winfried Brumma, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 24. September 2014

11. Unterstützer des IS aus dem Land Bremen Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT vom 24. September 2014 12. Übergriffe auf Gotteshäuser im Land Bremen

Anfrage des Abgeordneten Dr. Martin Korol und Gruppe BÜRGER IN WUT vom 24. September 2014

13. Programme gegen Linksextremismus im Land Bremen

Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT vom 24. September 2014

Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen an Schulen in Bremen und Bremerhaven

Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25. September 2014

- Finanzielle und inhaltliche Absicherung des Bremer Integrationsnetzes Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 25. September 2014
- 16. Klientenbezogene zusätzliche Betreuungsleistungen für erwachsene Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung in Wohnheimen im Land Bremen

Anfrage der Abgeordneten Patrick Öztürk, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 26. September 2014

17. Einführung einer Top-Level-Domain ".bremen"

Anfrage der Abgeordneten Rainer Hamann, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 26. September 2014

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

18. Internationale Sportveranstaltungen im Land Bremen

Anfrage der Abgeordneten Erwin Knäpper, Wilhelm Hinners, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 7. Oktober 2014

Diese Anfrage ist vom Fragesteller zurückgezogen.

19. Gewaltbereitem Salafismus vorbeugen

Anfrage der Abgeordneten Patrick Öztürk, Sükrü Senkal, Manuela Mahnke, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 7. Oktober 2014

20. Studierendenwohnraum im Land Bremen

Anfrage der Abgeordneten Carsten Werner, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10. Oktober 2014

21. Planfeststellung des OTB

Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT vom 16. Oktober 2014

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 18/1126

Wirksames Präventionsnetzwerk gegen Radikalisierung junger Muslime

Antrag der Fraktion der CDU vom 17. Oktober 2014 (Drucksache <u>18/1588</u>)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Inneres und Sport (federführend), die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend und die staatliche Deputation für Bildung.

Lebensmittelkennzeichnung verbessern - Transparenz für Verbraucher erhöhen

Antrag der Fraktion der CDU vom 16. September 2014 (Neufassung der Drucksache <u>18/1384</u> vom 13. Mai 2014) (Drucksache <u>18/1544</u>)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Gesundheit.

Nr. 18/1128

20 Jahre nach der Streichung des § 175 StGB müssen die Opfer endlich rehabilitiert werden!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Juni 2014 (Drucksache 18/1451)

- Die Bürgerschaft (Landtag) bedauert, dass der § 175 StGB in seiner nationalsozialistischen Fassung bis 1969 unverändert in Kraft blieb. Sie ist in diesem Zusammenhang davon überzeugt, dass die Ehre der homosexuellen Opfer wiederhergestellt werden muss.
- Die Bürgerschaft (Landtag) bittet um Entschuldigung für die strafrechtliche Verfolgung homosexueller Bürger, die hierdurch in ihrer Menschenwürde, in ihren Entfaltungsmöglichkeiten und in ihrer Lebensqualität empfindlich beeinträchtigt wurden.
- Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt in diesem Zusammenhang alle Initiativen, die die historische Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Menschen und des späteren Umgangs mit den Opfern zum Gegenstand haben.
- 4. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet von der Bundesregierung, dass sie dem Beschluss des Bundesrates zur Rehabilitierung der nach 1945 in beiden deutschen Staaten wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen Verurteilten folgt, und endlich ein Aufhebungsgesetz in den Bundestag einbringt.
- Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich auf Bundesebene für ein entsprechendes Gesetz einzusetzen.

Nr. 18/1129

Entschädigungsfonds für die nach § 175 StGB verurteilten Homosexuellen einrichten!

Antrag der Fraktion der CDU vom 16. September 2014 (Drucksache <u>18/1543</u>)

- 1. Die Bürgerschaft (Landtag) bedauert, dass in der Bundesrepublik Deutschland bis 1969 die Menschenwürde homosexueller Bürger verletzt wurde und es durch die Aufrechterhaltung der nationalsozialistischen Fassung von § 175 StGB zu einer Verfolgung von Homosexuellen kam.
- 2. Die Bürgerschaft (Landtag) entschuldigt sich bei den aufgrund § 175 StGB verurteilten homosexuellen Bürgern, die durch ihre Verurteilung gesellschaftliche und beruflich stigmatisiert wurden, für das erlittene Unrecht.
- 3. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt sämtliche Initiativen zur historischen Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung von Homosexuellen und des späteren Umgangs mit diesen Opfern.
- 4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene für die Einrichtung eines Entschädigungsfonds für die nach 1945 aufgrund des § 175 StGB verurteilten Männer einzusetzen.

Gesetz über die Verleihung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an die Paulus-Gemeinde Christliche Gemeinschaft Bremen

Mitteilung des Senats vom 24. Juni 2014

(Drucksache <u>18/1454</u>)

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den Rechtsausschuss.

Nr. 18/1131

Finanzielle Entlastungen durch den Bund für Bildung, Wissenschaft und Kita-Ausbau in Bremen nutzen!

Antrag der Fraktion der CDU vom 15. Juli 2014 (Drucksache 18/1489)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung an die staatliche Deputation für Bildung ab. Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/1132

Strategien zur Förderung der seelischen Gesundheit entwickeln!

Mitteilung des Senats vom 24. Juni 2014 (Drucksache 18/1455)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 18/1133

${\tt "Bremer \ Vereinbarung" \ geschlechtergerecht \ fortschreiben}$

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 10. Juli 2014
(Noutessung der Drugksache 18/1450 vom 27. Juni 2014)

(Neufassung der Drucksache <u>18/1459</u> vom 27. Juni 2014) (Drucksache <u>18/1482</u>)

- 1. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, darauf zu dringen, dass die Partnerinnen und Partner der erfolgreichen "Bremer Vereinbarung für Ausbildung und Fachkräftesicherung" ihrer Verantwortung für junge Menschen, insbesondere für junge Frauen mit und ohne Migrationshintergrund, auch dadurch gerecht werden, dass Ausbildungssituation und -perspektiven gendersensibel analysiert sowie Ziele und Instrumente geschlechtergerecht, und wo nötig, geschlechterdifferenziert definiert werden.
- Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich dafür einzusetzen, dass die Bremer Vereinbarung über das duale Ausbildungssystem hinaus auf die überwiegend von Frauen gewählten fachschulischen Berufsausbildungen ausgerichtet wird.
- Der Senat wird gebeten, darauf hinzuwirken, dass die Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) in den Beratungsprozess der Bremer Vereinbarung einbezogen wird.

Nr. 18/1134

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 29 – mit Ausnahme der Petitionen L 18/260 und L 18/303 –

vom 9. Juli 2014

(Drucksache <u>18/1480</u>)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen – mit Ausnahme der Petitionen L 18/260 und L 18/303 – wie vom Ausschuss empfohlen.

OpenStreetMap in Bremen unterstützen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 1. Juli 2014 (Drucksache 18/1468)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

- im Zusammenhang mit den Aktivitäten zur Open-Data-Strategie des Landes Bremen vorhandene Geodaten in geeigneter maschinenlesbarer Auflösung zur freien Weiterverwendung bereitzustellen,
- 2. ehrenamtlich Tätige im Bereich der Kartenerstellung und Geodatengewinnung in ihrem Engagement zu unterstützen,
- 3. im Bereich der öffentlichen Verwaltung anstelle von externen, kommerziellen Anbietern auf frei verwendbare Geodaten zurückzugreifen und diese bei entsprechender Eignung auch mit eigenen Informationsangeboten zu verknüpfen.

Nr. 18/1136

Entwicklung eines gemeinsamen Rahmenbildungsplans für Kinder bis zehn Jahren

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 2. Juli 2014 (Drucksache <u>18/1469</u>)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis April 2015 einen gemeinsamen Rahmenbildungsplan für den Elementar- und Grundschulbereich zu entwickeln und vorzulegen, in dem auf der einen Seite die gemeinsamen Ziele von Kindergarten und Grundschule beschrieben werden, in dem auf der anderen Seite in den konkreten Zielen und der Methodik zwischen den beiden Bereichen differenziert wird. Schwerpunkte eines solchen Rahmenbildungsplans sollen u. a. die Bereiche Sprachförderung, Inklusion, Armutsprävention, Elternarbeit und die konkrete Gestaltung des Übergangs sein. Aktuelle Ergebnisse aus der Forschung und Erkenntnisse, auch aus anderen Bundesländern, sollen bei der Entwicklung des Rahmenbildungsplans ebenso Berücksichtigung finden, wie die Erfahrungen mit den bisherigen Rahmenplänen und den bereits gelaufenen Projekten zur Verzahnung von Primar- und Elementarbereich. Fachkräfte, Personalvertretungen, Träger und Elternvertreterinnen/Elternvertreter sollen an der Erstellung des Rahmenbildungsplans beteiligt werden.

Nr. 18/1137

Bremens Beitritt zum europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 2. Juli 2014 (Drucksache 18/1470)

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, dem europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen beizutreten und die Charta von Florenz zu unterzeichnen.

Nr. 18/1138

Verbraucherschutz bei Finanz- und Versicherungsgeschäften weiter verbessern

Antrag der Fraktion der CDU vom 8. Juli 2014 (Drucksache <u>18/1472</u>)

Dazu

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 21. Oktober 2014

(Drucksache 18/1602)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu,

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu: Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Wirksamkeit von Beratungsprotokollen und Produktinformationsblättern evaluiert wird. Es muss geprüft werden, ob die Einführung von Produktinformationsblättern in weiteren Bereichen, wie Telekommunikation und Energie, sinnvoll ist.
- 2. sich auf Bundesebene für bessere Wettbewerbschancen der Honorarberatung einzusetzen und dabei insbesondere dafür zu werben, dass Verbraucherinnen und Verbraucher auch bei der provisionsfinanzierten Beratung vor Vertragsabschluss eine förmliche Rechnungsaufstellung über die anfallenden Vermittlungsprovisionen sowie eine jährlich nachträgliche Aufstellung über die ihnen belasteten Bestandsprovisionen erhalten.
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Banken gesetzlich dazu verpflichtet werden, auch im Internet einen Preisaushang zu veröffentlichen.
- 4. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Kontoüberziehungszinssatz für Dispositionskredite privater Verbraucherinnen und Verbraucher nicht mehr als sieben Prozentpunkte über dem EZB-Referenzzinssatz des Euroraums liegt. Bei dauerhafter Nutzung des Überziehungskredits ist auf kostengünstigere Alternativen hinzuweisen.
- 5. sich auf Bundesebene weiter dafür einzusetzen, dass die EU-Richtlinie zur Einführung eines "Girokontos für alle" schnellstmöglich umgesetzt wird. Damit werden alle Banken und Sparkassen, die Girokonten für Privatkunden führen, verpflichtet, auf Wunsch und sofern im Einzelfall keine besonderen Gründe für eine Ablehnung bestehen jeder Kundin und jedem Kunden ein Girokonto auf Guthabenbasis zu marktüblichen Konditionen anzubieten. Bei der Umwandlung eines Girokontos in ein P-Konto ist sicherzustellen, dass dieses über ein mit einem "regulären" Girokonto vergleichbares Leistungsspektrum verfügt und nicht zu höheren Kontoführungsentgelten führt.
- 6. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Kosten von staatlich geförderten Altersvorsorgeverträgen in ihrer Höhe begrenzt werden, und zwar in der Weise, dass die maximal zulässigen Kosten von Neuverträgen stichtagsbezogen auf die Höhe der marktdurchschnittlichen Kosten der jeweiligen Produktart beschränkt werden, und dass alle Anbieter zudem verpflichtet werden, für Honorarberater und Selbstentscheider eine provisionsfreie Variante ihrer Verträge anzubieten. Im Rahmen der jährlichen Informationspflicht eines Altersvorsorge- oder Basisrentenvertrags ist zudem die aktuelle Fassung der Richtlinien des Anbieters für eine Berücksichtigung von ethischen, sozialen und ökologischen Kriterien bei der Geldanlage zu übermitteln; bestehen solche Richtlinien nicht, so ist in hervorgehobener Form mitzuteilen, dass bei der Geldanlage keine ausdrücklichen ethischen, sozialen oder ökologischen Kriterien berücksichtigt werden.
- 7. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass privat Krankenversicherte bei Beitragserhöhungen von ihrem Versicherungsunternehmen automatisch auf Tarife hingewiesen werden müssen, die einen gleichartigen Versicherungsschutz zu niedrigeren Prämien bieten. Ein Tarifwechsel muss ohne erneute Gesundheitsprüfung möglich sein.
- den Bereich finanzielle Bildung in den bremischen Lehrplänen zu verankern und sicherzustellen, dass er in angemessener Weise im Unterricht behandelt wird.

Nr. 18/1139

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Eigenbetrieb Performa Nord Eigenbetrieb des Landes Bremen

Mitteilung des Senats vom 15. Oktober 2013 (Drucksache <u>18/1086</u>) 2. Lesung

u n d

ergänzende Mitteilung des Senats vom 12. März 2014

(Drucksache 18/1308)

Der Gesetzesantrag ist erledigt durch die Drucksache 18/1590.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der ergänzenden Mitteilung des Senats (Drucksache 18/1308) Kenntnis.

Nr. 18/1140

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Eigenbetrieb Performa Nord Eigenbetrieb des Landes Bremen

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses vom 20. Oktober 2014 (Drucksache 18/1590)

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, dem staatlichen Haushaltsund Finanzausschuss bis zum 31. Januar 2015 zu berichten, wie der Senat die Bestimmungen des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2014 und 2015 in § 15 Absatz 11 umsetzen will. ("Für das Personal der Gemeinden, das aus Mitteln des Landes vergütet wird oder für das Kostenerstattungen des Landes geleistet werden, sind die für das Personal des Landes geltenden personalwirtschaftlichen Regelungen anzuwenden.") Dabei ist vor allem darzulegen, wie Haushaltsaufstellung, Personal- und Haushaltssteuerung sowie -kontrolle für alle Bereiche effektiv und transparent gewährleistet werden sollen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Nr. 18/1141

Gesetz zur Neuregelung des Beamtenversorgungsrechts in der Freien Hansestadt Bremen sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften

Mitteilung des Senats vom 12. August 2014 (Drucksache <u>18/1519</u>) 2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 18/1142

Gesetz zur Neureglung des Beamtenversorgungsrechts in der Freien Hansestadt Bremen sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses vom 21. Oktober 2014 (Drucksache 18/1592)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Nr. 18/1143

Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes

Mitteilung des Senats vom 21. Oktober 2014 (Drucksache <u>18/1599</u>) 1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

Abfallimporte einschränken und die illegale Ausfuhr von Elektroschrott effektiv bekämpfen

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 25. Juni 2014 (Drucksache 18/1458)

2. Mehr Einbürgerungen im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10. Juli 2014 (Drucksache 18/1481)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 12. August 2014

(Drucksache 18/1522)

3. Sonderbericht des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen nach § 99 LHO über die Prüfung der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung und der Kostenfortschreibung für die geplante Anbindung des Überseehafengebietes an die A 27 in Bremerhaven "Hafentunnel"

vom 11. März 2014 (Drucksache 18/1300)

Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses zum Sonderbericht des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen nach § 99 LHO über die Prüfung der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung und der Kostenfortschreibung für die geplante Anbindung des Überseehafengebietes an die A 27 in Bremerhaven - "Hafentunnel"

vom 14. Juli 2014 (Drucksache <u>18/1484</u>)

5. Gesetz zur Ausweitung des Wahlrechts

Antrag des nichtständigen Ausschusses "Ausweitung des Wahlrechts" vom 16. Januar 2013 (Drucksache <u>18/731</u>)

2. Lesung

6. Gesetz zur Ausweitung des Wahlrechts

Bericht und Antrag des nichtständigen Ausschusses "Ausweitung des Wahlrechts"

vom 15. Juli 2014 (Drucksache 18/1486)

7. Weidehaltung von Rindern in Bremen fördern

Antrag der Fraktion der CDU vom 15. Juli 2014 (Drucksache 18/1487)

Situation der Familienhebammen im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 15. Juli 2014 (Drucksache 18/1488)

Mitteilung des Senats vom 9. September 2014

(Drucksache 18/1540)

 Bremische Strategie zum Umgang mit Risiken der Erdölversorgung und steigenden Ölpreisen

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 16. Juli 2014 (Drucksache 18/1498)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 16. September 2014

(Drucksache <u>18/1550</u>)

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 16. Juli 2014

(Drucksache <u>18/1499</u>)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 7. Oktober 2014

(Drucksache 18/1573)

 $11. \ \ Freifunk\ im\ Land\ Bremen-Unterstützung\ für\ bürgerschaftliches\ Engagement$

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 29. Juli 2014

(Drucksache 18/1506)

12. Bremen und Bremerhaven brauchen kostenfreies, öffentliches WLAN

Antrag der Fraktion der CDU vom 24. September 2014 (Drucksache <u>18/1563</u>)

13. Sichere und unkomplizierte elektronische Kommunikation mit Behörden ermöglichen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 29. Juli 2014 (Drucksache <u>18/1507</u>)

14. Ein Jahr NSA-Skandal: Aufenthalt in Deutschland für Edward Snowden ermöglichen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 30. Juli 2014 (Drucksache 18/1512)

15. Sanierungsstaus an öffentlichen Gebäuden und Infrastruktur

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 30. Juli 2014

(Drucksache <u>18/1513</u>)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 7. Oktober 2014

(Drucksache 18/1574)

16. Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern gegenüber Auskunfteien verbessern

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 31. Juli 2014 (Drucksache <u>18/1514</u>)

17. Gesundheitsversorgung von Eingewanderten in Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 31. Juli 2014

(Drucksache <u>18/1515</u>)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 2. September 2014 (Drucksache <u>18/1534</u>)

18. Wissenschaftsplan 2020

Mitteilung des Senats vom 5. August 2014 (Drucksache <u>18/1516</u>)

19. Aktuelle Entwicklungen der Drogenpolitik in Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 7. August 2014 (Drucksache 18/1517)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 9. September 2014

(Drucksache <u>18/1541</u>)

Eine Hightech-Strategie für Bremen – Innovationen vorantreiben, Technologietransfer fördern

Antrag der Fraktion der CDU vom 29. August 2014 (Drucksache <u>18/1531</u>)

21. Folgen der verschleppten Klinikreform in Bremerhaven offenlegen!

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 16. September 2014 (Drucksache <u>18/1545</u>)

D a 7 11

Mitteilung des Senats vom 7. Oktober 2014 (Drucksache <u>18/1575</u>)

22. Gesetz zur Konkretisierung der Aufgaben der Deputationen

Antrag der Fraktion der CDU vom 23. September 2014 (Drucksache <u>18/1554</u>) 1. Lesung

23. Qualität für Eltern sichtbar machen: Kita-TÜV einführen

Antrag der Fraktion der CDU vom 23. September 2014 (Drucksache <u>18/1555</u>)

24. Finanzierung der Klimaschutzagentur "energiekonsens" sicherstellen

Antrag der Fraktion der CDU vom 23. September 2014 (Drucksache <u>18/1556</u>)

25. Wirtschaftsförderung des Landes geschlechtergerecht und arbeitsplatzorientiert weiterentwickeln

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 7. Oktober 2014 (Drucksache <u>18/1570</u>)

26. Korruptionsbekämpfung intensivieren – Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes zur Errichtung und Führung eines Korruptionsregisters

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Juni 2014

(Drucksache <u>18/1450</u>)

2. Lesung

27. Korruptionsbekämpfung intensivieren – Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes zur Errichtung und Führung eines Korruptionsregister
Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses vom 20. Oktober 2014
(Drucksache 18/1589)

